

Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 6. Februar 2008 (VII/18), von
14.00 Uhr bis 16.45 Uhr

Vorsitz: Dr. Viola von Oeynhausen, MNF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Henning Bombeck, AUF	i. V. für Prof. Dr. Ralf Bill, AUF
Prof. Dr. Hartmut Ewald, IEF	
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF	
Prof. Dr. Mathias Paschen, MSF	
Prof. Dr. Igor Pochoshajew, THF	
Prof. Dr. Klaus-Peter Schmitz, MEF	
Prof. Dr. Ralph Weber, JUF	i. V. für Prof. Dr. Hans-Joachim Schütz, JUF
Prof. Dr. Heinrich Stolz, MNF	ab 14.10 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang Sucharowski, PHF	
Prof. Dr. Dieter G. Weiss, MNF	
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski, PHF	
Dr. Andreas Crusius, MEF	ab 16.15 Uhr
Dr. Bernd Karstens, IEF	
Christina Neumann	i. V. für Dr. Arne Schoor, MNF
Stud. Jenny Richter, PHF	
Stud. Tanja Voigt, JUF	
Ursula Keßler, K/D2	
Monika Nitz, MSF	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Ronald Redmer	stellvertretender Rektor und Prorektor
Joachim Wittern	Kanzler; ab 14.15 Uhr
Prof. Dr. Klaus Hock	Prorektor
Prof. Dr. Bernhard Lampe	Prorektor
Stud. Johannes Saalfeld	Prorektor; ab 14.20 Uhr
Prof. Dr. Djamshid Tavangarian	Dekan IEF
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF
Prof. Dr. Wolfgang März	Dekan JUF
Prof. Dr. Dieter Neßelmann	Dekan MNF
Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Studiendekan MEF
Prof. Dr. Werner Müller	Dekan PHF; ab 15.00 Uhr
Prof. Dr. Matthias Junge	Studiendekan WSF
Prof. Dr. Dr. Eike Lehmann	Vorsitzender Hochschulrat
Prof. Dr. Gerhard Maeß	Ehrensensator; bis 15.30 Uhr
Prof. Dr. Horst Pätzold	Ehrensensator; bis 15.30 Uhr
PD Dr. Petra Schulz	kommissarische Gleichstellungsbeauftragte
Prof. Dr. Katja Koch	Behindertenbeauftragte
Frank-Holger Acker	StuRa-Präsident; bis 15.00 Uhr
Doreen Klockziem	AStA-Vorsitzende
Jörg Häfke	Personalrat

geladene Gäste:

Prof. Dr. Hans-Wilhelm Pau, MEF	zu TOP 5 und 6
Prof. Dr. Christoph Woernle, MSF	zu TOP 7
Dr. Jürgen Heeg, UB	zu TOP 9

Vorläufige Tagesordnung:

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzung des Akademischen Senats vom 9. Januar 2008 (VII/17)
- 3 Beschlusskontrolle
- 4 Information der Universitätsleitung / Anfragen an die Universitätsleitung
 - Unterrichtung des Akademischen Senats über die Vergabe von Leistungsbezügen sowie der dabei zugrunde gelegten Kriterien

Bericht: Rektor
Vorlage: VII/166

II Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

- 5 Beschlussfassung über den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Stephan Schäfer
Bericht: Senator Prof. Dr. Stolz, Koreferent
Prof. Dr. Pau, Vorsitzender der Habilitationskommission
Vorlage: VII/160
- 6 Beschlussfassung über den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Peter Kropp
Bericht: Senator Prof. Dr. Weiss, Koreferent
Prof. Dr. Pau, Vorsitzender der Habilitationskommission
Vorlage: VII/161
- 7 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur für Getriebetechnik/Antriebstechnik an der Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik
Bericht: Senator Prof. Dr. Guthoff, Koreferent
Prof. Dr. Woernle, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: VII/162
- 8 Beschlussfassung zu Anträgen der Fakultäten auf Verleihung der Lehrbefugnis
Bericht: Vorsitzender des Senats
Vorlage: VII/159

III Rechtsangelegenheiten

- 9 Beschlussfassung über die Ordnung über die Bereitstellung von Pflichtexemplaren im Rahmen von Promotions- und Habilitationsverfahren an der Universität Rostock (Pflichtexemplarordnung)
Bericht: Dr. Heeg, Direktor der Universitätsbibliothek
Vorlage: VII/165

IV Angelegenheiten aus Studium und Lehre

- 10 Anhörung zur Aufhebung des Studiengangs Rechtswissenschaft (Staatsexamen)
Bericht: Rektor
Vorlage: VII/164

V Strukturangelegenheiten

- 11 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Molekulare Bakteriologie an der Medizinischen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Reisinger, Dekan der Medizinischen Fakultät
Vorlage: VII/158
- 12 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur für Biologische Meereskunde an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Neßelmann, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
Vorlage: VII/163
- 13 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Statistik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Göbel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Vorlage: VII/167

VI Informationen

I Regularien

zu 1

Der Senat war zu Beginn mit 17 und im weiteren Verlauf der Sitzung mit 18 resp. 19 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Die stellvertretende Vorsitzende des Senats begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste. Besonders begrüßt wurden die Ehrensenatoren, die für Daniel Münzner nachgerückte studentische Senatorin Jenny Richter und die erstmalig als stellvertretende Senatorinnen/Senatoren anwesenden Christina Neumann und Prof. Dr. Henning Bombeck.

Die Mitglieder des Senats befürworteten mehrheitlich die Aufnahme des verfristeten Tagesordnungspunkts 13 in die Tagesordnung. Der Senat bestätigte anschließend gemäß § 7 Absatz 5 Satz 4 der Geschäftsordnung die endgültige Tagesordnung.

Die stellvertretende Vorsitzende informierte darüber, dass Prof. Dr. Bernhard Hardtung aus der Strukturkommission des Akademischen Senats ausgeschieden ist.

zu 2

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Senats vom 9. Januar 2008 (VII/17) wurde ohne Änderungen genehmigt.

An dieser Stelle bedankte sich die stellvertretende Vorsitzende ausdrücklich für die bisher geleistete Arbeit der Protokollantin.

zu 3

Folgende Punkte lagen zur Beschlusskontrolle vor:

- Stand und Planungen der Genehmigungsverfahren für neue und überarbeitete Studienprogramme

Prorektor Prof. Dr. Hock erläuterte seine Tischvorlage, in der dargestellt ist, wann und welche Studien- und Prüfungsordnungen der Akademische Senat behandeln wird. Von März bis Juli 2008 werden ca. 21 Studien- und Prüfungsordnungen, davon 10 im vereinfachten Genehmigungsverfahren, im Senat diskutiert und verabschiedet. Senator Prof. Dr. Sucharowski bat darum, die Ordnungen den Senatoren nicht in Papierform zuzustellen. Senator Prof. Dr. Ewald fragte nach den Auswirkungen der geplanten Musterordnungen für vorher beschlossene Studien- und Prüfungsordnungen. Prof. Dr. Hock erklärte, dass die Musterordnungen nur für neue und nicht für bestehende Ordnungen Anwendung finden. Die stellvertretende Vorsitzende verwies bezüglich der Papierform der Ordnungen auf die Entscheidung des Senats. Ordnungen, die bereits universitär abgestimmt waren und nun im vereinfachten Genehmigungsverfahren erneut im Senat verhandelt werden, werden in den geschützten Webbereich gestellt. Alle anderen Ordnungen werden weiterhin in Papierform versandt.

- Auswahlkommission für die Neuwahl des Universitätsrats

Auf Nachfrage der stellvertretenden Vorsitzenden erklärte Senator Prof. Dr. Ewald, Vorsitzender der Auswahlkommission, dass noch keine Treffen der Kommission stattgefunden hat. Es gibt immer noch Schwierigkeiten eine/n studentische/n Senator/in als Mitglied für die Kommission zu gewinnen. Der StuRa hat nun die AStA-Vorsitzende Doreen Klockziem (beratendes aber nicht stimmberechtigtes Mitglied im Senat) nominiert. Die Senatoren sprachen sich jedoch mehrheitlich für eine/n studentische/n Senator/in aus. Nach kurzer Rücksprache zwischen den Studierenden wurde stud. Senatorin Tanja Voigt per Akklamation als Mitglied in die Auswahlkommission kooptiert.

Beschlusnummer: 160 (VII)
Abstimmungsergebnis: 18/0/0

- Bestätigung von Mitgliedern in Senatskommissionen

Stud. Christian Dahlke, Medizinische Fakultät, wurde einstimmig als Mitglied in der Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation bestätigt.

Beschlusnummer: 161 (VII)
Abstimmungsergebnis: 18/0/0

- Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3 – Professur für Pathologie an der Medizinischen Fakultät

Prorektor Prof. Dr. Redmer erklärte auf Nachfrage, dass der Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur für Pathologie an der Medizinischen Fakultät am 22. Januar 2008 in der vorgeschlagenen Reihung an das Bildungsministerium M-V geschickt wurde.

zu 4

Informationen der Universitätsleitung:

- Vergabe von Leistungsbezügen sowie der dabei zugrunde gelegten Kriterien

Der stellvertretende Rektor und Prorektor Prof. Dr. Redmer erläuterte kurz die Vorlage VII/166 zur Vergabe von Leistungsbezügen. Senator Prof. Dr. Stolz fragte nach den zugrunde gelegten Kriterien, da diese aus der Vorlage nicht ersichtlich waren. Der Kanzler erwiderte, dass die Kriterien zur Vergabe der Leistungsbezüge bereits in der Richtlinie der Universität Rostock über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen und Forschungs- und Lehrzulagen vom 6. Juli 2005 (zul. geänd. 4. Januar 2006) festgeschrieben sind. Prorektor Prof. Dr. Redmer ergänzte, dass die Entwicklung von nachvollziehbaren, spezifizierbaren Kriterien in Arbeit ist. Eine neue Richtlinie wird vorbereitet. In diesem Zusammenhang erklärte er, dass die Leistungsbezüge befristet sind und regelmäßig evaluiert werden sollen. Er betonte, dass die Hochschulleitung hierbei auf die kritische Einschätzung der Fakultäten angewiesen ist. Der Kanzler fügte hinzu, dass laut Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TVL) eine leistungsbezogene Vergütung von Mitarbeitern vorgenommen wird. Voraussetzung dafür ist eine Leistungsbewertung durch den jeweiligen Vorgesetzten. Er bat darum, Informationsmöglichkeiten zu dieser Thematik wahrzunehmen. Prorektor Prof. Dr. Redmer kündigte an, dass in der Dekanerunde am 20. Februar 2008 diese Problematik vertieft werden soll.

- Hochschulmagazin „Profile“

Prorektor Prof. Dr. Redmer stellte das neue Hochschulmagazin „Profile“ vor und würdigte die Arbeit des Redaktionsteams.

- Änderung der Grundordnung

Die Änderung der Grundordnung wurde vom Konzil beschlossen, mit Datum vom 6. Februar 2008 von Prorektor Prof. Dr. Redmer unterzeichnet und auf den Weg in das Genehmigungsverfahren nach § 13 Abs. 3 LHG M-V gebracht.

- Novellierung LHG M-V

Das Bildungsministerium beabsichtigt in diesem Jahr die Novellierung des LHG M-V zügig voranzubringen. Die Universität und die Gremien werden über die Anhörung eingebunden.

- 3. Einsparrate – Umsetzung des Personalkonzepts für die Landesverwaltung

Die Konzeption zur Festlegung und Umsetzung der 3. Einsparrate wird im Februar den Fakultäten, dem Personalrat und der Strukturkommission des Senats vorgelegt. Eine Vorlage des Rektorats zur 3. Einsparrate wird dem Senat zur Märzsession angekündigt.

- Forschungsbauten

Im November 2007 wurde die Antragsskizze für Forschungsbauten des Departments Life, Light and Matter eingereicht. Von 56 eingereichten Anträgen erreichten 19 die nächste Runde. Der Antrag der Universität Rostock wurde zunächst zurückgestellt und soll im November 2008 in einer überarbeiteten Fassung erneut eingereicht werden. Nach Aussage der Gutachter hat der Ansatz des Antrags überzeugt, der Fokus war jedoch nicht klar erkennbar. Schriftliche Hinweise der Gutachter folgen.

- Öffentlichkeitsarbeit und Dienstreisen

Prorektor Prof. Dr. Lampe berichtete über die Reise nach Brüssel vom 23. - 24. Januar 2008. Teilnehmer waren die Hochschulrektoren und Kanzler aus M-V, Frau Börner, D1, und Prof. Dr. Lampe. Ziel war ein Austausch mit Vertretern belgischer Hochschulen und Vertretern des Informationsbüros M-V bei der Europäischen Union im Brüsseler Büro der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. Es wurde unter anderem über die Novellierung des LHG M-V gesprochen.

Prorektor Prof. Dr. Redmer informierte über eine Reise nach Bonn. Dort fand ein Treffen mit Vertretern des DAAD, der DFG und der Alexander von Humboldt-Stiftung statt. Themen wa-

ren die Vorstellung und die Wahrnehmung der Universität Rostock. Auf Nachfrage von Senator Prof. Dr. Weiss erklärte Prof. Dr. Redmer, dass diese Reise auf Eigeninitiative der Universität Rostock unternommen wurde. Senator Prof. Dr. Weiss äußerte sein Unverständnis darüber, dass der DFG-Vertrauensdozent (Prof. Dr. Weiss in persona) nicht in diese Reiseaktivität eingebunden wurde. Prorektor Prof. Dr. Redmer bedauerte dieses Versäumnis und sicherte eine Einladung zur nächsten derartigen Veranstaltung zu.

- Statistik zu Berufungsverfahren

Prorektor Prof. Dr. Redmer bot an, die Statistik zu Berufungsverfahren der letzten zwei Jahre in summarischer Form dem Senat zur nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen.

- Professorinnenprogramm

Prorektor Prof. Dr. Redmer wies auf die Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Artikel 91b Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über das Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen hin. Voraussetzung für eine Förderung ist ein durch ein Begutachtungsgremium positiv bewertetes Gleichstellungskonzept der jeweiligen Hochschule. Die Förderung, die je zur Hälfte vom Bund und den Ländern finanziert wird, erstreckt sich auf die Anschubfinanzierung der Erstberufung von Frauen auf Professuren. Förderbeginn ist der 1. Januar 2008.

In diesem Zusammenhang wies der Kanzler darauf hin, dass für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm folgende Termine gelten:

	<u>Einreichungstermin</u>
Physik	28. Februar 2008
Sozialwissenschaften	31. März 2008
Medizin	30. April 2008

Bei diesem Programm können bis zu 5 Mio. € pro Projekt beantragt werden.

Anfragen an die Universitätsleitung:

Senator Prof. Dr. Weiss fragte an, inwieweit sich die Profillinien entwickelt haben. Es sind bereits sieben Monate seit der Einrichtung der Profillinien vergangen. Er zeigte sich verwundert, dass nur langsam Fortschritte gemacht werden. Außerdem monierte er, dass die Profillinie 1 ausschließlich hinter verschlossenen Türen tagt. Prorektor Prof. Lampe erwiderte, dass mit der Gründung der Interdisziplinären Fakultät im Oktober 2007 sowie der Gründung der Departments und der Wahl der Vorstände die Strukturen geschaffen wurden. Inhaltliche Diskussionen werden derzeit geführt. Senator Prof. Dr. Schmitz ergänzte, dass sich die Mitglieder der Profillinie 1 alle 10 Tage treffen, um die Präsentation vorzubereiten. Der Kanzler ergänzte, dass die drei Profillinien an drei parlamentarischen Abenden in Berlin vorgestellt werden. Die Vorstellung der Profillinie 1 findet am 14. Februar 2008 statt. Prorektor Prof. Dr. Redmer berichtete, dass Anfang Januar 2008 Vertreter der Interdisziplinären Fakultät im Rektorat vorstellig wurden. In allen Profillinien wird intensiv gearbeitet, unter anderem auch an der Werbung und Kooption weiterer Mitglieder. In diesem Zusammenhang wies die stellvertretende Vorsitzende auf eine e-mail von Prof. Dr. Kragl, Gründungsdekan der INF, hin. In dieser wird die Stipendienordnung für die Senatssitzung im März und die Ordnung der INF für die Senatssitzung im April dieses Jahres angekündigt. Senator Prof. Dr. Weiss bekräftigte noch einmal sein Unverständnis über die langsamen Entwicklungen. Die Senatskommission Forschung hatte damals fast täglich getagt, um den Zeitplan des Rektors einzuhalten. Außerdem regte er an, die Profillinien erst innerhalb der Universität zu präsentieren, bevor Außenwerbung betrieben wird. Senator Prof. Dr. Paschen erläuterte, dass für die Profillinie 2 bis Ende Februar 2008 das Gerüst für die inhaltlichen Schwerpunkte formuliert sein wird. Er bemerkte, dass die Detailarbeit mehr Zeit in Anspruch nimmt, als die Bestimmung der groben Richtung. Senator Prof. Dr. Weiss betonte, dass die thematische Schärfung der Profillinien im Senat Thema sein sollte und auch der Senatskommission Forschung vorgelegt wer-

den müsste. Prorektor Prof. Dr. Redmer bestätigt die Berichtspflicht an den Senat und kündigte für die kommenden Monate Tätigkeitsberichte der Profillinien an.

II Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

zu 5

Senator Prof. Dr. Stolz informierte als Koreferent über den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Stephan Schäfer. Er hob die beeindruckenden Forschungsleistungen des Kandidaten hervor. Im Ergebnis befürwortete Senator Prof. Dr. Stolz den Antrag. Die Frage, ob es eine Leitung der Virologie oder eine Professur geben wird, beantwortete Prof. Dr. Schareck, Studiendekan der Medizinischen Fakultät, beim Tagesordnungspunkt 11. Prof. Dr. Pau, Vorsitzender der Habilitationskommission, hatte nichts zu ergänzen.

Die Mitglieder des Senats votierten in geheimer Abstimmung mehrheitlich für die Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Stephan Schäfer.

Beschlusnummer: 162 (VII/160)
Abstimmungsergebnis: 17/0/1

zu 6

Als Koreferent berichtete Senator Prof. Dr. Weiss über den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Peter Kropp. Er erklärte, dass die Kriterien zur Verleihung, wie auch aus den Gutachten hervorgeht, erfüllt sind. Beeindruckend war die große Zahl der Publikationen mit hohen Impactfaktoren. Prof. Dr. Pau, Vorsitzender der Habilitationskommission, betonte, dass der Kandidat derzeit alleiniger Vertreter des Faches Medizinische Psychologie ist. Für das Berufungsverfahren hatte er sich qualifiziert, nur leider wurde die Professur gestrichen.

In geheimer Abstimmung beschloss der Senat die Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ an PD Dr. Peter Kropp.

Beschlusnummer: 163 (VII/161)
Abstimmungsergebnis: 16/0/2

zu 8

Per Akklamation stimmte der Senat für die Anträge der Mathematisch- Naturwissenschaftlichen Fakultät und der Medizinischen Fakultät auf die Verleihung der Lehrbefugnis (venia legendi) gemäß § 72 Absatz 1 Satz 1 LHG M-V:

Fakultät	Name	Fachgebiet
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	Dr. rer. nat. habil. Uwe Selig	Ökologie/Limnologie
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	Dr. rer. nat. habil. Andreas Bick	Zoologie
Medizinische Fakultät	Dr. med. habil. Ralf Markus Skripitz	Orthopädie

Beschlusnummer: 164 (VII/159)
Abstimmungsergebnis: 18/0/0

zu 7

Senator Prof. Dr. Guthoff informierte als Koreferent über den Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur für Getriebetechnik/Antriebstechnik an der Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik. Er berichtete kurz über das Verfahren und bezeichnete die drei Listenkandidaten als interessante Persönlichkeiten. Im Ergebnis befürwortete er den Berufungsvorschlag. Prof. Dr. Leder, Dekan der Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik, fügte hinzu, dass in der ersten Ausschreibung kaum Resonanz von Bewerbern aus der Industrie kam. Das Problem hierbei sah er in der Diskrepanz zwischen den Gehältern in der Industrie und der Professorenbesoldung.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

III Rechtsangelegenheiten

zu 9

Dr. Heeg, Direktor der Universitätsbibliothek, erläuterte die vorliegende Ordnung über die Bereitstellung von Pflichtexemplaren im Rahmen von Promotions- und Habilitationsverfahren an der Universität Rostock (Pflichtexemplarordnung). Die derzeit aktuelle Ordnung ist aus dem Jahre 2003. Die neue Ordnung berücksichtigt die Möglichkeiten der elektronischen Publikation. Auf diese Weise können die Arbeiten weltweit zur Verfügung gestellt werden. Die Möglichkeit zur Veröffentlichung in Papierform besteht natürlich weiterhin. Zur Nachfrage von Senator Prof. Dr. Paschen zum Begriff „angemessen“ in § 3 Abs. 1 lit. b, antwortete Dr. Heeg, dass in diesem Fall Absprachen mit dem Promovenden getroffen werden. Die angemessene Anzahl von Verlagsexemplaren ist auch abhängig von Fach und Nachfrage. Dr. Heeg bestätigte, nach Hinweis von Prof. Dr. März, Dekan der Juristischen Fakultät, dass das neue Urheberrecht zum 1. Januar 2008 berücksichtigt wurde. Weitere Fragen zum Verständnis der Ordnung konnten von Dr. Heeg und Justitiar Dr. Glöckner abschließend beantwortet werden. Prof. Dr. Dr. Lehmann, Vorsitzender des Universitätsrats, machte abschließend darauf aufmerksam, dass es bundesweit üblich ist, die Arbeiten in einer gekürzten, genehmigten Fassung ohne Anlage zu publizieren. An der Universität Rostock werden die Arbeiten jedoch komplett publiziert. Dr. Heeg erwiderte, dass bei Arbeiten mit großen Anlagen, die Fakultät über eine gekürzte Fassung entscheidet.

Die Mitglieder des Senats beschlossen mehrheitlich die Ordnung über die Bereitstellung von Pflichtexemplaren im Rahmen von Promotions- und Habilitationsverfahren an der Universität Rostock (Pflichtexemplarordnung).

Beschlusnummer: 165 (VII/165)
Abstimmungsergebnis: 17/1/0

IV Angelegenheiten aus Studium und Lehre

zu 10

Die stellvertretende Vorsitzende eröffnete die Anhörung zur Aufhebung des Studiengangs Rechtswissenschaft (Staatsexamen) mit dem Hinweis, dass es sich bei dieser Anhörung um den formalen Akt zu dem Senatsbeschluss über den im Mediationsverfahren ausgehandelten Vergleichsvorschlag vom 28. Februar 2007 handelt.

Zuerst erhielten die Vertreter des Rektorats, des Universitätsrats und der Juristischen Fakultät die Gelegenheit, ihre schriftliche Vorlage bzw. die Stellungnahmen näher zu erläutern.

Der Prorektor und stellvertretende Rektor Prof. Dr. Redmer erklärte noch einmal, dass der Hochschulleitung die Entscheidung zur Aufhebung dieses Studiengangs nicht leicht gefallen ist, in dieser Hinsicht jedoch kein Ermessensspielraum verblieb. Er betonte, dass beim Mediationsverfahren das Gesamtinteresse der Universität im Vordergrund stand. Ab dem Wintersemester 2008/2009 werden Studienbewerber für den Studiengang Rechtswissenschaft (Staatsexamen) im 1. und höheren Fachsemester weder zugelassen noch immatrikuliert. Mit

Ablauf des Wintersemesters 2012/2013 ist der Studiengang Rechtswissenschaften (Staatsexamen) endgültig geschlossen.

Prof. Dr. Dr. Lehmann, Vorsitzender des Universitätsrats, drückte unter Bezugnahme auf die schriftliche Stellungnahme des Universitätsrats sein Bedauern zur Aufhebung des Studiengangs aus. Er merkte an, dass die Universität in ein paar Jahren diesen Aufhebungsbeschluss bedauern wird.

Prof. Dr. März, Dekan der Juristischen Fakultät, verwies auf die schriftliche Stellungnahme der Fakultät. Er merkte an, dass der Vollzug der Aufhebung eine Formalie ist. Er wies darauf hin, dass der Hochschulleitung die Entscheidung zur Aufhebung vielleicht nicht leicht gefallen ist, diese dennoch freiwillig und ohne Zwang getroffen wurde. Der gerichtliche Vergleich ist für die Fakultät selbst nicht rechtlich bindend. Er betonte, dass durch die Aufhebung dieses Studiengangs, die Schließung der Fakultät im Vorweg schon beschlossen wurde. Es heißt „Juristen bilden Juristen aus“. Durch die Aufhebung des Studiengangs entstünde nicht nur ein Schaden für die Fakultät und die Universität, sondern auch für das Land M-V. Auf Nachfrage erklärte Prof. Dr. März, dass durch den gerichtlichen Vergleich der Rechtsstreit der Universität Rostock gegen das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern in Sachen Zielvorgabe für die Universität Rostock beendet wurde.

In der folgenden Aussprache bezogen die Senatoren wie folgt Stellung:

Prof. Dr. Weber erläuterte, dass die Klage der Juristischen Fakultät gegen das Land M-V aufrecht erhalten wird. Er stellte in Aussicht, dass die Juristische Fakultät, bei positivem Votum im Fakultätsrat, gegen alle Umsetzungsmaßnahmen der Universität Klage erheben würde. Die Kosten dafür trüge in jedem Fall die Universität, da die Fakultät rechts- aber nicht mittelfähig ist.

Senator Prof. Dr. Guthoff war der Meinung, dass der Rechtsstaat, hier das Land M-V, nicht rechtsstaatliche Mittel bei diesem Vergleichsverfahren eingesetzt haben würde.

Senator Prof. Dr. Stolz prangerte die seiner Ansicht nach angewandte Herrscherwillkür an. Er empfahl die Formulierungen in der Stellungnahme des Universitätsrats in einem Papier des Senats anzuwenden. Weiterhin kritisierte er die Fakultät, ob ihrer Tatenlosigkeit. Es ist nicht verständlich, warum die Fakultät keinen Bachelor/Master-Studiengang anbieten will. Schließlich ist der Inhalt der Ausbildung entscheidend und nicht das Etikett. Senator Prof. Dr. Stolz warf der Fakultät vor, Chancen nicht ergriffen zu haben. Um Präsenz zu zeigen, hätte die Fakultät auch versuchen können, einen Sonderforschungsbereich oder ein ähnliches Projekt mit wissenschaftlicher Reputation einzurichten.

Senator Prof. Dr. Sucharowski verwies auf die Einhaltung der Vereinbarung mit dem Land. Es war verabredet, dass in Rostock die Lehrerbildung stattfindet und an der Universität Greifswald die Ausbildung der Juristen. Die Universität Greifswald führt offensichtlich, entgegen dieser Vereinbarung, die Lehramtsausbildung weiter.

Prof. Dr. Weber erklärte, dass mit den vom Land zugebilligten maximal sechs Professuren keine adäquate juristische Ausbildung geleistet werden könne. Die private Hanseuniversität plant mit 12 Professuren den Bachelor/Master-Studiengang Rechtswissenschaften. Außerdem mutmaßte er, dass ohne ein Angebot zu einem Staatsexamen an der Juristischen Fakultät keine Einschreibung in einen Bachelor/Master-Studiengang Rechtswissenschaften erfolgen würde. Abgesehen davon, eröffnete der Vergleichsbeschluss prinzipiell keine Möglichkeit einen juristisch dominierten neuen Studiengang anzubieten. Die Fakultät hätte es z. B. auch akzeptiert, die Lehre anzubieten und nur das Staatsexamen als solches an einer anderen Hochschule abnehmen zu lassen.

Seitens der Hochschulleitung wurde angemerkt, dass die Diskussion zu Konzepten für die Juristische Fakultät an dieser Stelle verfehlt ist, da bereits im Rektorat und in der Fakultät seit einem Jahr darüber diskutiert wird. Weiterhin wurde betont, dass die Universität die Verpflichtungen aus dem Vergleichsvorschlag frist- und inhaltsgerecht erfüllt hat. Das Land hat seinerseits die Bauinvestitionen für die Universität verbindlich in einem Zeitplan festgelegt. Die Landesregierung wäre dennoch darauf hinzuweisen, dass sie alle Ihre Verpflichtungen aus dem Vergleichsbeschluss erfüllen muss. Seitens des Landes gibt es bereits ernsthafte Bestrebungen, diese Entwicklungen bei der Nicht-/Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Vergleichsbeschluss zu beobachten.

Senator Prof. Dr. Guthoff warf ein, dass die Universität Greifswald hier wohl politisch und diplomatisch klug gehandelt hat.

Der Kanzler bekräftigte, dass die Frage zur Lehrerbildung mit der Landesregierung bis zum Ablauf der Frist zur Schließung des Studiengangs Rechtswissenschaft geklärt werden muss.

Prof. Dr. Weber führte noch einmal aus, dass die verbliebenen sechs Professuren an der Fakultät schon verplant und mögliche Konzepte somit nicht realisierbar seien.

Senator Prof. Dr. Schmitz warf die Frage auf, ob die Universität Greifswald durch die Fortführung der Lehramtsausbildung vertragswidrig handeln würde. Er bat auch um Prüfung, ob es eine eindeutige Festlegung zur Schließung von Studiengängen an der Universität Greifswald gibt.

Aus den Reihen der Hochschulleitung wurde erwidert, dass das Verhalten der Universität Greifswald zwar nicht dem Geist des Vergleichsbeschlusses entspricht, aber wohl nicht juristisch anlastbar ist. In der Zielvereinbarung war kein weiterer juristischer Studiengang vorgesehen. Die Fakultät hat sich anderen Modellen gegenüber jedoch ablehnend gezeigt. Bei der Prüfung der Einhaltung der verbindlichen Zusagen des Landes, sind sowohl die Bauinvestitionen genauer zu betrachten, als auch die Irritationen im Zusammenhang mit der Lehrerbildung und der Universität Greifswald aufzuklären.

Seitens der Juristischen Fakultät wurde klargestellt, dass auch ein Bachelor-Studiengang Wirtschaftsrecht mit den verbliebenen sechs Professuren nicht zu leisten sei, da die verbleibenden Professuren bereits anderweitig ausgelastet sind.

Abschließend bemerkte Prof. Dr. Weber, dass der Studiengang Rechtswissenschaft mit Staatsexamen an der privaten Hanseuniversität vom Justiz- und Wirtschaftsministerium zugelassen würde, da der Ausbildungsbedarf vorhanden sei. Im Vergleichsbeschluss wäre jedoch aufgeführt, dass für einen Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Rostock kein Ausbildungsbedarf vorhanden sei.

Die Anhörung zur Aufhebung des Studiengangs Rechtswissenschaft (Staatsexamen) an der Universität Rostock wurde damit beendet.

V Strukturangelegenheiten

zu 11

Stellvertretend für den Dekan der Medizinischen Fakultät berichtete der Studiendekan Prof. Dr. Schareck über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Molekulare Bakteriologie an der Medizinischen Fakultät. Die Professur war auf fünf Jahre befristet und wird nun neu ausgeschrieben. In die Berufungskommission konnte ein Vertreter der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät kooptiert werden. Ein Vertreter der Universität Greifswald konnte noch nicht benannt werden.

Er erläuterte, auch mit Blick auf Tagesordnungspunkt 5, dass in der Fakultät diskutiert wurde, eine von drei Professuren (Bakteriologie, Medizinische Mikrobiologie und Virologie) einzusparen. Die Bakteriologie und die Medizinische Mikrobiologie sollen als Professuren beibehalten werden. Die Virologie wird nicht mehr ausgeschrieben, da diese klinisch gut bedient ist.

Die kommissarische Gleichstellungsbeauftragte PD Dr. Schulz bemängelte, dass der Ausschreibungstext nur die männliche Form enthält. Sie verwies dabei auch auf „Die Zeit“ in der sämtliche Ausschreibungstexte die weibliche und die männliche Form enthalten. Sie bat die Fakultät dies zu berücksichtigen.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 12

Der Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät Prof. Dr. Neßelmann informierte über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur für Biologische Meereskunde an der Mathematisch Naturwissenschaftlichen Fakultät. Der bisherige Inhaber der Professur geht in Pension, so dass neu zu besetzen ist. Prorektor Prof. Dr. Redmer sagte, ob der herausragenden Bedeutung dieser Position, die vorbehaltlose Unterstützung der Hochschulleitung bei diesem Verfahren zu. Er regte an, Kollegen aus den entsprechenden Instituten in Kiel und Hamburg zu beteiligen.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 13

Der Studiendekan Prof. Dr. Junge erläuterte stellvertretend für den Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Statistik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Dieses Fach gehört zur Grundausbildung in den Bachelor-Studiengängen der Fakultät sowie zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Methoden der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung in den Master-Studiengängen der Fakultät. Der Kanzler merkte an, dass die Diskrepanz in der Bewertung der Vertretungsprofessur und der ausgeschriebenen Professur noch in der Hochschulleitung erörtert werden muss.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

VI Informationen

Es lagen keine weiteren Informationen vor.

bestätigt:

Protokoll:

gez.

Dr. Viola von Oeynhausen

stellvertretende Vorsitzende des Akademischen Senats

gez.

Wenke Friske-Saß

Referat 1.2